

Schöne, friedliche Zeit

Feministische Außenpolitik: „Das System neu denken“, FR-Politik v. 16.12.

Wer in der FR bemüht sich eigentlich um eine freundliche und förderliche Beurteilung von Annalena Baerbocks Taten? Zum Beispiel die heutige Meldung über sie und Frau Huitfeld über eine feministische Außenpolitik. Ich höre schon die alten Männer, wie sie über die Waschweiber herziehen, weil sie keine Kriege mehr führen dürfen, weil die Frauen sich ihnen verweigern. Was sie ja wirklich tun sollten!

Stellt Euch nur mal vor, die alten Männer bekämen keine Waffen mehr zum Kriegspielen. Was für eine schöne und friedliche Zeit würde anbrechen.

Ich danke den beiden Frauen dafür, dass wir wenigstens davon träumen dürfen.

Peter Hinterland-Datz, Kelkheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Schlechter Stil

Erwiderung auf „Toni Schimmerlos“, FR-Forum vom 20. Dezember

Einerseits stimme ich Reinhard Matthies zu. Am kritischsten ist tatsächlich, statt den Vorsitz des Innenausschusses zu beanspruchen, die Entscheidung der Grünen zu sehen, den als Minister nicht zum Zug gekommenen Anton Hofreiter mit dem Vorsitz des Europaausschusses zu entschädigen. Mit der FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses ist es schon etwas komplizierter. Sie wurde ja nur deswegen nicht Verteidigungsministerin, weil es der FDP bestimmt nicht opportun erschien, nach einem Schleudersitz-Ministerium zu greifen, das man somit generös lieber den Sozialdemokraten überließ. Ein Zugriff der Sozialdemokraten auf den Innenausschuss wäre schließlich ein schlechter Stil gewesen, weil die SPD die Innenministerin stellt, dieser Ausschuss aber auch ein kontrollierendes Gegengewicht zum Ministerium ist.

Andererseits sollte man den Posten des Vorsitzenden im Innenausschuss nicht überschätzen. Der Vorsitz eines Bundestagsausschusses ist kein echtes politisches Einflussamt, weil sich daraus kein realistischer Handlungsspielraum ergibt, um eigene Themen gegen den Widerstand der Ausschusskollegen aus den anderen Fraktionen durchzuziehen. Es hat doch seinen Grund, dass man die Vorsitzende dieses Ausschusses in der letzten Legislaturperiode nicht kennt. Die von Reinhard Matthies benannten Sicherheitsinteressen sind zudem schon durch die einfache Mitgliedschaft von AfDlern in diesem Ausschuss gefährdet. Um relevante Inhalte durchzureichen, muss man nicht den Vorsitz haben.

Siegfried Kowallek, Neuwied

Diskussion: frblog.de/lf-20211220

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211220

Müssen wir Impfwilligen erst auf die Straße?

Zu: „Bouffier wirbt für Impfpflicht“ und „Impf-Turbo“ gezündet“, FR-Regional vom 8. und 16. Dezember

Wo bleibt der Aufschrei? Da wird über eine Impfpflicht diskutiert, und vor Ort ist für diejenigen, die geimpft oder geboostert werden wollen, kein Impfstoff da! Oder es gibt keine ausreichenden Kapazitäten fürs Impfen. Treppenwitz der Geschichte: In Frankfurt mussten Impfkantinen abgesagt werden, weil nicht ausreichend Impfstoff geliefert werden kann. Geht's noch? Da schallt es uns von allen Politikern und Wissenschaftlern entgegen: Lasst euch impfen, lasst euch boostern! Anstatt dafür zu sorgen, dass all diejenigen, die jetzt dazu bereit sind, umgehend und ohne endloses Anstehen schnell zu impfen, wird über eine Impfpflicht diskutiert. So wird die vierte Welle nicht gestoppt. Brauchen wir erst einen Bundeswehrgeneral, damit die Impfstoffbeschaffung und -verteilung klappt?

Von wem lässt sich die Stadt Frankfurt in Sachen Logistik beim Organisieren der Impfbote beraten? Offensichtlich von niemanden, der dieser Aufgabe gerecht wird. An der Hauptimpfstation an der Messe müssen Alt und Jung stundenlang bei Wind und Wetter draußen anstehen. Wer bis dahin noch gesund ist, holt sich mindestens eine Erkältung. Gleichzeitig stehen die Messehallen leer. Kann man nicht mehr Impfstoffstraßen einrichten und die Menschen im Trockenen warten lassen?

Ich bin über 70 Jahre alt und kann nicht stundenlang im Freien anstehen. Ich brauche auch keine lange Beratung! Warum werden die Aktionen in den Stadtteilen mit kurzen Wegen nicht fortgesetzt, damit vor Ort ein niederschwelliges Angebot gemacht wird? Der Hinweis, wir Alten könnten doch beim Haus-

arzt vorstellig werden, läuft ins Leere. Ein Anruf dort endet in der Regel schon bei den Arzthelfer*innen: Rufen Sie Anfang Januar wieder an, wir haben keinen Impfstoff, Termine gibt es erst im Januar, wenn denn da Impfstoff da ist. Das ist die Realität in Frankfurt.

Übrigens ärgert mich auch, dass im Rundschau-Artikel die Probleme der langen Wartezeiten heruntergespielt werden. Wenn man zu zweit sei, könne ja eine/r einen Kaffee holen, und eine ältere Dame könnte sich nett mit jüngeren Wartenden unterhalten. Wo bleibt die Kritik an den Verantwortlichen über eine solche unzumutbare Organisation? Sollen wir jetzt Demonstrationen der Impf- und Booster-Willigen organisieren, damit wir ernst genommen werden? G. Schmidt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/impfangst-2

So wird das nichts mit der Verkehrswende

Darmstadt: „Widerstand gegen Straßen-Neuordnung“, FR-Regional vom 16. Dezember

Privatfahrzeuge ständig auf der Straße abzustellen behindert und gefährdet andere Verkehrsteilnehmer, geht zu Lasten der Allgemeinheit und kann deshalb nicht die Regel sein. Wer sich ein Auto kauft, sollte auch für einen Stellplatz auf Privatgrund sorgen und diesen nutzen. Autofahrer leben in Deutschland praktisch im Paradies und jammern auf sehr hohem Niveau, während andere Verkehrsteilnehmer sehen können, wo sie bleiben.

Hier ein paar persönliche Erfahrungen zum Thema Radverkehr: In der Dieburger Straße in Darmstadt waren die „Schutzstreifen“ dort, wo sie rechts an die Grünstreifen bzw. Bürgersteige grenzten, als solche nutzbar. Dort, wo sie zwischen fahrenden und parkenden Fahrzeugen geführt werden, sind sie hochgefährlich wegen der „Doooring“-Gefahr, dort dürfte gar kein Radfahrer fahren – ich hatte schon einen solchen Unfall.

Nächstes Beispiel: die Frankfurter Straße in Heusenstamm. Auf langer Strecke „Schutzstreifen“ zwischen fahrenden Fahrzeugen und Parkmöglichkeiten, dort hatte ich schon mehrere sehr kritische Beinahezusammenstöße mit Pkw, weil völlig unvermittelt auf oder über diese „Schutzstreifen“ gefahren wird. Deshalb bezeichnen Radfahrer „Schutzstreifen“ gerne als „Mordstreifen“. Parkmöglichkeiten rechts von „Schutzstreifen“ sind paradox.

Beispiele zum Thema Flickenteppich Fahrradinfrastruktur: Die B459 in meinem Wohnort wurde vor wenigen Jahren grundhaft saniert, dabei wurden dort, wo noch nie Pkw geparkt haben, recht breite Fahrradspuren auf beiden Seiten markiert. Dort, wo Anwohner parken wollten, wurden auf beiden Seiten breite Streifen markiert – zum Parken von Pkw, so dass man dort als Radfahrer auf der

Fahrbahn fahren muss, worüber sich Kfz-Fahrer aufregen und teils gefährlich überholen.

Nächstes Beispiel: Möchte ich nach Darmstadt-Stadtmitte, so fällt ÖPNV wegen sehr schlechter Anbindung aus, mit dem Pkw fahre ich über Messel 20 Kilometer – mit dem Fahrrad eine lebensgefährliche Strecke. Fahre ich mit dem Rad Landstraße bis Dieburg – für Kinder und Familien unzumutbar – und von Dieburg bis Darmstadt den Radweg, so fahre ich knapp 27 Kilometer. Dieser Radweg ist knapp zwölf Kilometer lang, einseitig, so schmal dass man bei Gegenverkehr oft stark abbremsen muss, und in der Dunkelheit wird man in Fahrtrichtung Darmstadt von jedem einzelnen Pkw vom asymmetrischen Abblendlicht geblendet – wenn nicht gleich vom Fernlicht.

So wird das nichts mit der Verkehrswende.

Oliver August, Rödermark

Greta würde wahrscheinlich sagen: Bla bla bla!

Zu: „Schwarmintelligenz nutzen“, FR-Regional vom 1. Dezember

Wenn die Beschäftigten eingebunden werden, so kenne ich dies seit vielen Jahren als „betriebliches Vorschlagswesen“. Entscheiden, was umgesetzt wird, tut Unternehmer*in!

Hier wird mit einem Belohnungssystem die Intelligenz der Beteiligten abgeschöpft und in den Betriebsablauf eingebracht. Was erstmal vernünftig ist, denn diese sind die Expert*innen! Bei diesem INQA sind mitbestimmungsrelevante Maßnahmen enthalten. Daher Vorsicht: Hier kann die Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen ausgehöhlt werden. Aber „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ klingt viel intelligenter. In der reinen Mitbestimmung ist es so, wie das Wort

es sagt: Der Arbeitgeber kann nicht ohne die Zustimmung des Betriebsrats bzw. Arbeitnehmer*innen handeln. Das heißt, diese Maßnahmen können gegebenenfalls per Eilantrag beim Arbeitsgericht gestoppt werden.

Zum Beispiel: veränderte Arbeitsabläufe, veränderte Räume, andere Geräte und Maschinen nur mit Beteiligung Betriebsrat. Ohne Zustimmung des Betriebsrates kann der Arbeitgeber nicht die Arbeitszeiten verändern oder wenn er Boni zahlt, bestimmt der BR mit wer und wie viel bekommt.

Genau das ist der Knackpunkt, weshalb es manche Unternehmen in die Schlagzeilen schaffen, weil sie Betriebsräte

verhindern, behindern und kündigen. Es ist leicht erkennbar warum viele Unternehmen Gewerkschaften und Betriebsräte scheuen wie der Teufel das Weihwasser und sie über spezialisierte Anwaltskanzleien viel Geld investieren um Ihre „unternehmerische Freiheit“ zu erhalten. Ein gutes Arbeitsklima für Arbeitnehmer*innen trägt zur Zufriedenheit und letztendlich zur Gesundheit bei. Die Arbeitgeber*innen erhalten durch motivierte Beschäftigte bessere Betriebsergebnisse und damit höhere Gewinne.

Warum jetzt diese INQA-Initiative unter dem Dach vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales firmieren kann, ist nach meiner Meinung dem Lobbyis-

mus zu verdanken. Dass die Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) beteiligt ist, macht deutlich, welche Interessen dahinterstecken. Sind da noch alte Seilschaften der Schröder-Ära am Werk?

Ich wäre dieser Sache gegenüber nicht so skeptisch, ja ablehnend, wenn Interessensgruppen wie Gewerkschaften, Betriebsräte und Personalräte beteiligt würden, die Mitbestimmung praktizieren. Dies geht aber nur wenn die Arbeitnehmer*innen es wollen und sich dafür einsetzen, auch gegen den Widerstand der Arbeitgeber*innen!

Kurzum: Greta würde zu INQA sagen: Bla bla bla.

Heinrich Etling, Friedberg